

Gipfeltreffen der Bürgermeister zum Thema Roma:

AUFBAU EINES GEGENSEITIGEN VERTRAUENS AN DER BASIS

(Straßburg, Frankreich, 22. September 2011)

In the final declaration of the first European Summit of Mayors on Roma, adopted on 22 September 2011, participants from 47 Council of Europe member states reaffirmed their determination to take sustained further action for improving the inclusion of the Roma population. To this end, they supported the creation of a European Alliance of Cities and Regions for Roma inclusion. Six European cities and regions (Aubervilliers/France, Kavarna/Bulgaria, Malaga/Spain, Region of Madrid/Spain, Heraklion/Greece and the 5th district of Bucharest/Romania) proposed themselves as a kick-off group to build on this Summit and to prepare the establishment of this new European interactive co-operation network.

ABSCHLUSSERKLÄRUNG

Wir, die gewählten Vertreter der Gemeinden und Regionen Europas, bei ihrem Treffen in Straßburg, Frankreich, am 22. September 2011 beim Gipfeltreffen der Bürgermeister zum Thema Roma, zusammen mit Vertretern der kommunalen und regionalen Verwaltungsstellen, Roma-Organisationen und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft, europäischen Partnern, Experten und Wissenschaftlern, erklären hiermit feierlich, dass:

1. Wir uns der andauernden Ausgrenzung und Diskriminierung von Roma in den kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften in Europa vollständig bewusst und tief besorgt darüber sind, erkennbar an ihrer kontinuierlichen Marginalisierung und am fehlenden Zugang zu Bildung, Wohnraum, medizinischer Versorgung und Beschäftigung und angetrieben durch Vorurteile, Misstrauen und sogar Hassreden. Diese Situation verschlimmert sich und bedarf dringend einer Lösung;
2. Wir die Überzeugung teilen, dass zur Lösung dieser Situation, die zum Besseren geändert werden kann und muss, alle Akteure und Beteiligten im Hinblick auf die Eingliederung der Roma gemeinsam aktiv werden müssen;
3. Wir bestätigen, dass wir als kommunal und regional gewählte Vertreter verantwortlich dafür sind, das Wohlergehen und die Aufrechterhaltung der Grundrechte aller Menschen sicherzustellen, die in unseren Gemeinschaften leben, ungeachtet ihrer Abstammung oder ihres Hintergrunds; wir unsere Entschlossenheit, eine Vorreiterrolle bei der Verurteilung des Anti-Roma-Diskurses einzunehmen, und unser Engagement betonen, die Achtung der Rechte der Roma zu gewährleisten, die jedem Menschen in Europa laut Europäischer Menschenrechtskonvention und Europäischer Sozialcharta garantiert werden;
4. Wir der Überzeugung sind, dass die aktive Partizipation und Eingliederung der Roma der ganzen Gemeinschaft zugutekommt und dass es der richtige Schritt ist, um gegenseitiges Vertrauen an der Basis aufzubauen und Roma-Fragen in die allgemeine kommunale und regionale Politikgestaltung und Praxis aufzunehmen, indem man ergänzende, gezielte Maßnahmen entwirft, um Benachteiligungen auszugleichen und Gleichheit zu fördern;
5. Wir uns der vielfältigen Herausforderungen bewusst sind, mit denen sich die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften tagtäglich in Situationen konfrontiert sehen, die sich in

den einzelnen Gemeinden unterscheiden, und wir diesbezüglich die zahlreichen Initiativen für die Eingliederung der Roma begrüßen, die von den Gemeinden und Regionen, ihren nationalen und europäischen Netzwerken und den Organisationen der Zivilgesellschaft durchgeführt werden, und die Vorbilder für andere sind; wir des Weiteren die wichtige Arbeit zur Unterstützung der Eingliederung der Roma sehen und anerkennen, die von den europäischen Institutionen geleistet wird - dem Europarat und seinem Kongress der Gemeinden und Regionen, der Europäischen Union, ihrem Ausschuss der Regionen und ihrer Agentur für Grundrechte;

6. Wir die kommunalen und regionalen Stellen aufrufen, Netzwerke auf nationaler Ebene für Maßnahmen zur Integration von Roma in den Staaten einzurichten, in denen sie bisher nicht existieren;

7. Wir, in der Überzeugung des Nutzens einer Mediation zwischen den kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften, auch die Gemeinden und Regionen aufrufen, auf nachhaltige Weise Mediatoren zu beauftragen, ihre Arbeit zu unterstützen und das Trainingsprogramm ROMED des Europarats für Roma-Mediatoren in den Bereichen Bildung, medizinische Versorgung und Beschäftigung zu nutzen, das vom Sondervertreter für Roma-Angelegenheiten des Generalsekretärs des Europarats durchgeführt wird.

8. Wir danken den Organisatoren des Gipfeltreffens der Bürgermeister zum Thema Roma für diese Gelegenheit, unsere Probleme, Bedenken und unsere Vision für unser zukünftiges Handeln auszutauschen. Wir danken insbesondere der Stadt Straßburg für ihre Gastfreundschaft und ihre Entschlossenheit, zugunsten der Roma tätig zu werden, wie dies durch ihre Arbeit belegt wird, die sie bereits im Rahmen ihres Straßburger Clubs durchgeführt hat. Die während des Gipfeltreffens vorgestellten Initiativen und politischen Ansätze haben uns inspiriert, insbesondere im Hinblick auf die politische Partizipation, die Bekämpfung von Vorurteilen, die Förderung von Beschäftigung und das Bereitstellen eines gleichen Zugangs zu Bildung, medizinischer Versorgung, Wohnraum und anderen öffentlichen Diensten;

9. Wir erkennen die Notwendigkeit an, die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und Regionen Europas auszubauen, und wir sind entschlossen, weitere nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen, um auf diesem Gipfeltreffen aufzubauen. Zu diesem Zweck unterstützen wir den Vorschlag, eine Europäische Allianz der Städte und Regionen für die Eingliederung der Roma zu gründen, die als Rahmen für die Kooperation, den Austausch guter Praktiken, die Stärkung der kommunalen und regionalen Kapazitäten, die Identifizierung konkreter Probleme und das Vorschlagen von Lösungsansätzen dienen und dazu beitragen soll, die Finanzierung für Roma-bezogene Aktivitäten an der Basis sicherzustellen. Wir begrüßen diesbezüglich die Erklärungen mehrerer Gemeinden und Regionen, die ihr Engagement bekräftigen, diese Allianz zu gründen, und rufen die Gemeinden und Regionen Europas auf, diesem Kooperationsrahmen beizutreten;

10. Wir sind überzeugt, dass der Europarat, der seine 47 Mitgliedstaaten vertritt, eine exzellente Plattform für eine paneuropäische Zusammenarbeit für die Eingliederung der Roma darstellt, und bitten den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas und den Sondervertreter für Roma-Angelegenheiten des Generalsekretärs des Europarats, mit dieser Kerngruppe im Hinblick auf Schritte für das Einrichten dieser Allianz zusammenzuarbeiten;

11. Wir laden die Europäische Union ein, dieser Initiative beizutreten und diese zu unterstützen, gemäß der Priorität, die die EU der Eingliederung von Roma gegeben hat, da wir

der Überzeugung sind, dass dies dazu beitragen wird, die Ziele der EU in diesem Bereich zu erreichen;

12. Wir rufen alle Mitglieder der zukünftigen Allianz auf, mit anderen Gemeinden und Regionen im Hinblick auf Möglichkeiten zur Umsetzung der Empfehlungen der Straßburger Erklärung vom 20. Oktober 2010, die beim hochrangigen Treffen der Mitgliedstaaten des Europarats angenommen wurde; der Entschließung und Empfehlung zur Situation der Roma: Eine Herausforderung für Gemeinden und Regionen, die vom Kongress der Gemeinden und Regionen Europas im Oktober 2011 angenommen werden soll; sowie der relevanten Empfehlungen zahlreicher anderer Institutionen und Organe des Europarats, einschließlich seines Ministerkomitees, seiner Parlamentarischen Versammlung, seines Menschenrechtskommissars und der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, zu kooperieren;

13. Wir wiederholen unsere tiefe Überzeugung, dass die Zukunft der europäischen demokratischen Gesellschaft die Eingliederung und Partizipation aller Europäer, einschließlich der Roma, im Hinblick auf den Aufbau der Demokratie und eines reichen Lebens ihrer Gemeinden mit allen ihren damit verbundenen Rechten und Pflichten erfordert.

Das Gipfeltreffen der Bürgermeister zum Thema Roma wurde vom Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats in Zusammenarbeit mit dem Sondervertreter für Roma-Angelegenheiten des Generalsekretärs des Europarats, in Partnerschaft mit der Stadt Straßburg und dem Straßburger Club und mit Beiträgen des französischen Außenministeriums, der Europäischen Kommission und der Open Society Foundations organisiert.